

SPANDAUER RATHAUSBRIEF

SPD-FRAKTION SPANDAU



SVEN KOHLMEIER IM GESPRÄCH

Interview über Verkehrspolitik, Corona und Außenbezirke

SEITE 3

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK SPANDAU · AUSGABE SEPTEMBER 2020



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

hier kommt nun der neue Rathausbrief.

Die Resonanz auf den letzten Rathausbrief war sehr hoch, er wurde sehr positiv bewertet. Das zeigen uns die vielen Leserbrief, die uns erreicht haben! Herzlichen Dank dafür. Ja, das Thema Covid-19 in der letzten Ausgabe haben wir sehr intensiv dargestellt.

Die Politik auf der Bundesebene, der Landesebene aber auch der Kommunalebene bearbeitet das Thema Covid-19 sehr verantwortungsvoll. Ich bin sehr froh, dass nun auch öffentliche Veranstaltungen wieder stattfinden können. Natürlich sind die Hygienemaßnahmen, Abstand der Menschen zueinander, Mund- und Nasenschutz und Händewaschen wichtig, damit wir den Virus weiterhin im Griff haben.

Ich möchte mich bei den Bürgerinnen und Bürgern Spandaus dafür bedanken, dass sie so diszipliniert alle Beschränkungen akzeptieren. Als SPD-Fraktion stehen wir Ihnen mit Rat und Tat zur Seite und bleiben mit Ihnen in Kontakt.

Ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute, und bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Christian Haß

Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion BVV Spandau



Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Raed Saleh am Platz der Weißen Rose. Foto: Jürgen Jänen

Mit Wumms aus der Krise kommen!

Saleh: „Wirtschaft fördern und Demokratie schützen!“

Seit gut einem halben Jahr leben die Welt und damit auch Berlin und Spandau mit dem Corona-Virus. In einer ersten Bilanz kann gesagt werden, dass die Gesellschaft vieles richtig gemacht hat. So schmerzhaft der Lockdown war, bewahrte er das Land vor dem Zusammenbruch des Gesundheitssystems. Jetzt geht es darum, der Pandemie weiter vorzubeugen und zugleich wieder ein weitgehend normales Leben für alle Menschen zu ermöglichen.

Der „Wumms“, mit dem Finanzminister Olaf Scholz (SPD) das Land aus der Krise führt, ist auch Leitfaden der Berliner Landespolitik. Auf der letzten Sitzung vor der Sommerpause hat das Abgeordnetenhaus dem Senat erlaubt, zum Abfedern der Corona-Krise bis zu sechs Milliarden Euro an Verbindlichkeiten aufzunehmen. Ein Nachtragshaushalt stellt Mittel bereit, mit denen Menschen geholfen wird, deren wirtschaftliche Basis von dem Virus bedroht ist.

Aber nicht nur das. Schon zu Beginn der Corona-Krise hatte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, erklärt: „Der Staat muss jetzt antizyklisch handeln. Das heißt, dass er angesichts des Corona-bedingten

Wirtschaftsrückgangs massiv in die Zukunft investieren muss, und das mit einem gut durchdachten Fahrplan. Wir müssen Projekte auf den Weg bringen, die dem Land langfristig nutzen.“

Digital-Unterricht fördern

Eine der Fragen, die die Menschen am Ende der Sommerferien am meisten bewegten, war die nach der Normalität des Schulunterrichts. Niemand kann mit Sicherheit sagen, ob für den Gesundheitsschutz nicht doch wieder Schulen zumindest zeitweise geschlossen werden müssen. Spätestens dann ist das Thema Online-Unterricht wieder aktuell. Der Nachtragshaushalt ermöglicht die Beschaffung von 50 000 Tablets für Kinder und Jugendliche, die nicht über ein eigenes Endgerät verfügen. Dieser „Wumms“ wird Hand in Hand mit dem Bund ausgelöst, die Kosten für das Land Berlin liegen bei 1,9 Millionen Euro. Die Ausstattung bedürftiger Schülerinnen und Schüler mit der erforderlichen Technik setzt das sozialdemokratische Prinzip um, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen. Für Saleh ist sie nur folgerichtig nach dem im vergangenen Jahr eingeführten kostenlosen Schülerticket.

Schutz für Mieter

Während die CDU in der Bundesregierung den Kündigungsschutz von Mietern, die Corona-bedingt in Zahlungsrückstände gerieten, nicht über den Juni verlängerte, hat der Berliner Senat entschieden, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften weiterhin kulante Lösungen suchen und keine Räumungen veranlassen. Strom- und Gassperren gibt es während der Corona-Pandemie nicht, Wohngeldanträge werden schneller bearbeitet.

Die Berliner Landespolitik nimmt zudem viel Geld in die Hand, um Arbeitnehmer wie auch Selbstständige gar nicht erst in eine Notlage kommen zu lassen. Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit Saleh an der Spitze hat durchgesetzt, dass Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern Zuschüsse bekommen können. Im ersten Haushaltsnachtrag wurden 400 Millionen Euro nur für den Mittelstand eingestellt. Weitere 50 Millionen Euro gehen in die Familienförderung und in den Kulturbereich.

Kein Platz für Neonazis

Das Corona-Virus bedroht nicht nur die Menschen. Das Virus ist auch eine neue Herausforderung für die Demokratie. Rechtsextremisten

und Rechtspopulisten wittern in der Krise die Chance, ihre sinkenden Zustimmungswerte wieder in die Höhe zu treiben. Sie suchen den Zusammenschluss mit Esoterikern, Impfgegnern und Verschwörungsschwadronen, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen zu erschüttern. Dem gilt es entschlossen entgegen zu treten - wie in Wilhelmstadt, wo auf Betreiben von Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (SPD) und Raed Saleh die Wiese vor dem ehemaligen Standort des Kriegsverbrechergefängnisses an der Wilhelmstraße zum „Platz der weißen Rose“ wurde.

Wo immer wieder Neonazis versuchten, Schwerstkriminelle zu Märtyrern zu machen, wird jetzt an den Zusammenschluss junger Menschen erinnert, die sich erst in München und dann weiter in Süddeutschland und Österreich todesmutig der Nazidiktatur entgegenstellten. Saleh kann sich für den bisher wenig belebten historischen Ort eine neue Nutzung vorstellen - als Treffpunkt für Schulklassen, die über die Schrecken der Diktatur ebenso sprechen wie über die Segnungen der Demokratie, die immer wieder aufs Neue verteidigt werden müssen.

Dornröschen wachküssen

Aktuelles zum Ella-Kay-Heim am Kladower Damm

Es handelt sich hier nicht um das Märchen der Gebrüder Grimm. Die Rede ist vom Ella Kay-Heim, das am Kladower Damm, gegenüber der freien Tankstelle, liegt.

Bis zum Jahre 2010 gehörte es dem Bezirk Neukölln. Seitdem steht es leer. Eine Zwischennutzung erfolgte in den Jahren 2015 - 2017, als dort unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht wurden. Die Vegetation breitet sich aus und das Gebäude

ist von außen nur noch schwer zu erkennen. Den Bürgern ist es nicht zu vermitteln, dass ein solches Juwel im Spandauer Süden dem Verfall preisgegeben wird. Dabei gäbe es für das Objekt viele Nutzungsmöglichkeiten. „Dort könnte eine Kita eingerichtet werden, eine Jugendfreizeiteinrichtung, ein Standort für berufsorientierte Jugendsozialarbeit und ein Standort für Erholungsreisen von Jugendlichen in einem



Uwe Ziesak mit dem Stadtentwicklungsexperten Francesco-Marco Tommasino vor dem Ella-Kay-Heim. Foto: Jürgen Jänen

Zeltlager entstehen“, erklärt Uwe Ziesak. Dies würde bedeuten, dass man die Jugendarbeit im Ella Kay-Heim konzentriert. Dadurch wäre es möglich, die Einrichtung im Parnemann Weg verstärkt für Seniorenarbeit zu nutzen. Damit würden zwei Ziele erreicht. Für Jugendliche und Familien, die verstärkt nach Kladow ziehen, gäbe es ein größeres Angebot. In Kladow könnten Freizeitmöglichkeiten für Senioren geschaffen werden.

Ü60 und Digital

Julian Sterf spricht mit Susanne Pape über den Umgang der älteren Generation mit Digitalisierung und Social-Media

J.S.: Was war deine erste Erfahrung mit dem Thema Digitalisierung?

S.P.: Meine erste Erfahrung mit Digitalisierung liegt recht weit zurück, das war noch im beruflichen Bereich. In den letzten Jahren, ich bin jetzt seit fast 14 Jahren außer Dienst, habe ich mit E-Mail gearbeitet, aber auch mit Word und Excel.

J.S.: Welche Plattformen und Software nutzt du und welche Endgeräte verwendest du dafür?

S.P.: Ich habe mein MacBook mit dem ich arbeite. Seit kurzem habe ich auch ein iPad das das MacBook ein Stückweit abgelöst hat. Auf dem iPad lese die ich Tages- und Wochenzeitungen, erledige meinen Mailverkehr und nutze das Internet für Recherche. Zur Vernetzung bin ich auch auf Facebook aktiv. Für unterwegs habe ich mein Iphone. Dort schaue ich auch in meine Mails, das Beantworten mache ich aber eigentlich von zu Hause über das iPad. Für die leichte Abendlektüre habe ich darüber hinaus noch ein E-Book auf dem ich meine Krimis lese. Für Fachliteratur bevorzuge ich aber weiter noch das gedruckte Buch.



Susanne Pape vor dem Computer. Foto: Jürgen Jänen

J.S.: Wie hast du es empfunden dich auf die Technik einzulassen?

S.P.: Es ist einfach praktisch. Ich habe zum Beispiel nicht mehr den Müll mit der Tageszeitung, sondern ich lösche die fertig gelesene Zeitung einfach. Außerdem ist die Kommunikation zum Teil einfacher und schneller geworden. Im Prinzip mache ich mit dem Handy und Tablet das, was ich vorher auch schon gemacht habe. Nur geht es schneller Google nach einer Frage zu durchsuchen, als mein Brockhaus Lexikon aufzuschlagen.

J.S.: Hat Corona für dich etwas in Bezug auf Digitalisierung verändert.

S.P.: Ja ich zahle jetzt die Alltags-Einkäufe eigentlich nur noch mit der EC-Karte. Davor habe ich eigentlich nur Bargeld genutzt.

J.S.: Glaubst du, dass die voranschreitende Digitalisierung für viele ältere, die vielleicht noch nicht digital unterwegs sind, Barrieren

schafft?

S.P.: Viele meiner Bekannten in meinem Alter sind recht gut, was das Thema Technik und Digitalisierung angeht. Das gilt aber noch nicht für alle, manche haben gar nicht das Bedürfnis sich mit der Technik zu beschäftigen. Bei vielen kam der Einstieg dann aber doch. Das fing dann nach und nach damit an, neben dem Telefonieren auch mal eine SMS- oder WhatsApp Nachricht zu schreiben. Die Verweigerung gegenüber Technik nimmt ab. Das liegt natürlich auch daran, dass die meisten, die jetzt in Rente gehen, schon im Beruf mit der Digitalisierung konfrontiert worden sind und dort viel gelernt haben. Das Problem, dass ältere Leute mit der Digitalisierung nichts anfangen können, bezieht sich also hauptsächlich auf die Ü-80 Jährigen.

J.S.: Für wie problematisch hältst du es, wenn es zum Beispiel bei den Bädern nur noch Online Ti-

ckets gibt?

S.P.: Dazu habe ich viele Gespräche geführt mit Leuten, die sich darüber beschwert haben. Das Argument, man solle doch einfach Familie oder Nachbarn fragen, ist da nicht ausreichend. Meiner Meinung nach muss man noch für mindestens die nächsten 10 Jahre analoge Möglichkeiten bereitstellen, um auch allen Menschen die Teilhabe zu ermöglichen.

J.S.: Welche Möglichkeit siehst, du die Menschen, die sich noch nicht mit Digitalisierung beschäftigt haben, da heran zu führen?

S.P.: Es gibt eine Forderung in allen Pflegeeinrichtungen und auch in den Seniorenwohnhäusern einen kostenlosen W-Lan Zugang zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus müssen Endgeräte, wie Tablets, zur Verfügung gestellt werden. Da gibt es im Übrigen auch eine Parallele zur Schule und der jungen Generation, hier werden dieselben Forde-

runge gestellt. Schlussendlich müssen Kurse in den entsprechenden Einrichtungen angeboten werden, die den Einstieg erleichtern und Ansprechpartner, der bei Fragen und Problemen helfen. Selbstverständlich sollte das alles auf freiwilliger Basis passieren. Niemand soll in die digitale Welt gezwungen werden.

J.S.: Wie groß ist deiner Meinung nach die Gefahr von digitalen Versionen des Enkel-Tricks oder dem Datenklau mittels gefälschter E-Mails?

S.P.: Da gilt dasselbe wie im analogen Bereich. Hier muss vor Ort mit den Seniorinnen und Senioren Aufklärungsarbeit geleistet werden, um sie für diese Betrugsmaschen zu sensibilisieren. Das gilt im Übrigen auch für jüngere Generation.

J.S.: Siehst du noch andere Probleme der Digitalisierung?

S.P.: Ein großes Problem entsteht meiner Meinung nach dann, wenn man sich nur noch digital vernetzt. Das kann die persönlichen, realen Kontakte einfach nicht ersetzen, sondern ist ein guter Zusatz, um in Kontakt zu bleiben- besonders in Zeiten von Corona. Auf Dauer kann man sonst, auch wenn man digital gut vernetzt ist, vereinsamen.

J.S.: Wo siehst du die größten Vorteile der Digitalisierung, gerade für ältere Menschen?

S.P.: Da gibt es eine ganze Reihe, zum Beispiel, dass ich Online Getränke oder Lebensmittel bestelle und, was insbesondere im ländlichen Raum sehr hilfreich sein kann, Online Sprechstunden beim Arzt nutze. Außerdem kann es auch Sicherheit schaffen, wenn sich zum Beispiel der Herd automatisch ausschaltet oder das Licht zu einer bestimmten angeht. Auch bei Unfällen in der Wohnung kann durch Smarthome bzw. andere technische Möglichkeiten schnelle Hilfe erfolgen.

J.S.: Glaubst du, dass Digitalisierung generationsübergreifende Vernetzung schaffen kann?

S.P.: Ja über Computer Kurse für jüngere kann eine Verbindung aufgebaut und ein gegenseitiges Verständnis geschaffen werden.

Vielen Dank für das Gespräch.

IMPRESSUM

Spandauer Rathausbrief
Wissenswertes aus Berlin
und dem Bezirk Spandau

Herausgeber:
SPD-Fraktion Spandau
Fraktionsvorsitzender
Christian Haß (V.i.S.d.P.)

Carl-Schurz-Str. 2-6, 13597 Berlin
Raum 1210 - Nebengebäude

Redaktion des Spandauer Rathausbriefes:
Ina Bittroff, Sebahat Atli, Christian Haß, Julian Sterf, Nanook Sendrowski, Christian Schindler, Andreas Hehn, Jürgen Jänen, Lukas Schulz, Daniel Wrobel, Leszek Nadolski, Rene Diesterhöft, Uwe Ziesak, Stephan Machulik, Clemens Behlendorf, Helmut Kleebank, Andy Schröder, Francesco-Marco Tommasino

Redaktionelle Bearbeitung:
Jürgen Jänen, Susanne Pape, Nanook Sendrowski, Francesco-Marco Tommasino

Layout & Satz:
Francesco-Marco Tommasino, Jürgen Jänen

Organisation & Vertrieb:
Lukas Schulz, Sebahat Atli

Das Beratungszentrum für Frauen in Spandau

Interview mit der Leiterin von Hînbûn über die Auswirkungen der Coronakrise

Die Coronakrise stellt viele Akteure, Organisationen und Vereine, die sich in der Migrations- und Integrationspolitik engagieren, vor große Herausforderungen.

Andreas Hehn sprach über die Auswirkungen mit Sabine Knepel (S.K.), der Leiterin von Hînbûn, dem Internationalen Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien in Spandau.

SRb: Was bedeutet die Krise und die Einschränkungen für Hînbûn?

S.K.: Seit dem Shutdown haben wir Beratung per Email oder Telefon durchgeführt und dafür extra eine Whats App eingerichtet. Gruppen- und Bildungsangebote mussten ausfallen, wie Deutsch für Mutter und Kind, Langsamlerinnen, Frauengruppe oder Pflegeberatung in Kooperation mit dem Pflegestützpunkt. Verwaltungsangelegenheiten habe ich im Homeoffice erledigt.

Anfang Mai boten wir eingeschränkte persönliche Beratung unter Berücksichtigung der Abstandsregeln an und gingen davon

aus, dass es weniger als zu „normalen“ Zeiten sein würde. Das stellte sich jedoch ganz schnell als falsch heraus, das Gegenteil war der Fall. Die Pandemie hat irgendwie auch ein Behördenchaos hervorgerufen. Aufenthalte wurden nicht verlängert, weil die Einwanderungsbehörde natürlich auch nur eingeschränkt arbeiten konnte. Das Jobcenter zahlte nicht immer rechtzeitig, der Berlinpass konnte nicht verlängert werden, Geburtsurkunden benötigten eine längere Bearbeitungszeit usw., vieles wurde einfach angesammelt oder verschleppt. Die Ratsuchenden waren verunsichert und ängstlich. Die Beratungen sind bis heute erheblich umfangreicher geworden und erfordern so manche kreative Lösung.

SRb: Was tun Sie, um kein Personal zu entlassen?

S.K.: Glücklicherweise stellt sich uns diese Frage im Moment nicht. Wir sind mit 3,5 Stellen von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, für Migration und Integration sowie dem Bezirk Spandau und unserem Träger, den Kirchenkreis Spandau,



Andreas Hehn mit Sabine Knepel im Gespräch. Foto: Andreas Hehn

gefördert. Auch an dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, dafür herzlichst zu danken!

SRb: Was muss passieren, dass Hînbûn die Krise übersteht?

S.K.: Natürlich soll es so schnell wie möglich vorbei sein, das wünschen sich ja nun mal alle. Große

Angst habe ich allerdings davor, dass es nach der Pandemie zu einer Wirtschaftskrise kommt, die dann wieder einmal durch Kürzungen im sozialen Bereich kompensiert werden soll. Obwohl wir personell etwas besser aufgestellt sind als in der Vergangenheit, ist der Bedarf

für unsere Angebote größer denn je und, sorry, immer noch kaum abzudecken.

SRb: Fühlen Sie sich von der Politik ausreichend unterstützt?

S.K.: Dickes fettes Ja, dünneres Aber. In unserer 40 jährigen Geschichte sind wir erstmalig mit 3,5 Stellen gefördert. Ich werte das als Anerkennung und Wertschätzung und nicht zuletzt als Unterstützung der Nachhaltigkeit unserer Arbeit. Zu der Freude darüber gehört aber auch der Wermutstropfen, dass wir durch die verschiedenen Förderer einen erheblich höheren Verwaltungsaufwand haben und die Zeit dafür wiederum z.B. in der Beratung fehlt. Gut, wir kommen irgendwie da durch und sind bisweilen auf „good will“ angewiesen, wenn mal eine Frist nicht 100% eingehalten werden konnte. Mein Traum wäre es dennoch, wenn wir mit 4 Stellen fest institutionalisiert würden und nicht mehr alle zwei Jahre das Rad für den Antrag neu erfinden müssten. Wäre doch eine Lösung und Erleichterung für alle oder?

Vielen Dank für das Gespräch.

„Ich habe da mal `ne Frage“

Raed Saleh spricht mit Sven Kohlmeier über die Berliner Verkehrspolitik, Corona und die Berliner Außenbezirke

„Ich habe da mal `ne Frage - Mein Name ist Raed Saleh und heute treffe ich Sven Kohlmeier, Sprecher für Rechts- und Netzpolitik der SPD-Fraktion Berlin im Abgeordnetenhaus.“ So fängt der Podcast von Raed Saleh mit Kohlmeier an. Wir haben hier einen Auszug des Interviews für den Spandauer Rathausbrief abgedruckt:

Du bist seit vierzehn Jahren Abgeordneter in Berlin und hast vor kurzem gesagt du möchtest nicht mehr kandidieren. Warum?

Als ich jung war und mit roten Haaren durch die Gegend gelaufen bin, habe ich mir die Leute angeguckt, die im Parlament sitzen für 20,25 oder 30 Jahre. Das war immer so: Da müsste doch mal ein Wechsel sein. Ich habe mir damals gedacht, die können doch nicht ihr ganzes Leben im Parlament sitzen? Deshalb habe ich für mich entschieden, dass drei Legislaturperioden genug sind. Das heißt nicht, dass ich weg bin. Ich werde mich weiter politisch einmischen.

Ich kenne dich viele Jahre. Wir haben damals gemeinsam angefangen. Du sagst, du bleibst der Politik erhalten, aber Parlamentarismus war für dich immer etwas Besonderes. Ich erinnere mich auch, während der Corona Krise, dass du derjenige warst, der gesagt hatte: Passt auf, dass hier die Exekutive nicht alles macht was sie will.

Es war mir eine Ehre Teil des Berliner Parlaments zu sein. Das ist meine Stadt, das ist meine Heimat, das ist meine Hood. Wir haben in der jetzigen Zeit dafür Sorge zu tragen, dass das Parlament gegenüber der Exekutive seine Stärke behält.

Wie fühlte sich der Bürgerrechtler, der Rechts-Politiker



Kohlmeier ist Abgeordneter für Kaulsdorf, Kaulsdorf-Nord und Hellersdorf-Süd. Foto: Jürgen Jänen

Sven Kohlmeier in dieser Phase, in der, wegen Corona, von heute auf Morgen zum Beispiel die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingefroren wurden?

Mir hat wehgetan, wie schnell die Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit in diesem Land eingeschränkt wurde. Wir wollen im Parlament das Versammlungsrecht neu beschließen. Ich bin in der ehemaligen DDR groß geworden, dort gab es keine Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit. Ich war ein Kind, als die Wende kam, aber es sind mir zwei Sachen aus dem Studium hängen geblieben, und zwar Artikel fünf und acht und wie wichtig diese Grundrechte sind. Das heißt, dass

man seine Meinung kundtun kann, die anderen nicht gefällt. Es gibt viele Demonstrationen, die mir nicht gefallen, wie Nazi-Demonstrationen. Ich glaube, dass es zur Demokratie gehört, dass man seine Meinung sagen kann. Wer das nicht möchte, muss für die andere Seite aufstehen und dagegenhalten und deshalb fand ich das bedenklich, in welchem Maße hier aufgrund des Infektionsschutzgesetz Rechte eingeschränkt wurden: Die Versammlungsfreiheit, wie schnell das Parlament abgeschaltet wurde und nicht mehr tagen konnte. Du kannst einem Abgeordneten oder anderen Berufstätigen schnell sagen, dass sie in Quarantäne müssen. Diese Menschen können vierzehn Tage nicht mehr arbeiten.

Ich hatte ein Gespräch mit dem Historiker Brandt. Am Ende sagte er mir: Schöne Grüße an Sven Kohlmeier. Brandt hatte gelesen, dass du gesagt hattest: liebe Exekutive, wenn ihr das Demonstrationsrecht nicht wieder einführt, dann zwingen wir euch als Parlament dazu. Du hast dich mit der Exekutive angelegt. Das war die Phase als die Bundesjustizministerin gesagt hatte, dass die Exekutive entscheidet. Du gingst den Konflikt ein. Warum?

Ich glaube der Lockdown war keine Glanzleistung. Von der Exekutive war es erforderlich, aus Gesundheitsschutz-Gründen Maßnahmen zu treffen. Aber ich stelle mir vor in einem Land zu leben, das möglicherweise eine andere Regierung gehabt hätte und wie diese damit umgegangen wäre. Das macht mir Angst. Eine extrem rechte oder linke Regierung, wie gehen die mit diesen Freiheiten um? Aus meiner persönlichen Biographie halte ich ganz viel von Versammlungs- und Meinungsfreiheit und ich finde,

dass man Versammlungsfreiheit nicht mit fünfzig Leuten begrenzen kann. Das ist keine Versammlung mehr.

Welche Ansage wolltest du dem Senat machen?

Ich wollte, dass wir als Parlament unsere Aufgabe wahrnehmen, nämlich der Exekutive zu sagen, was sie zu machen und zu lassen hat.

Du hast deinen Wahlkreis in Kaulsdorf und Hellersdorf, ich in Spandau. Uns verbindet die Sichtweise als Randbezirke auf die Stadt. Du hast dir berlinweit einen Namen gemacht, indem du immer mahnst: Berlin ist mehr als der Innenstadtring. Du legst dich permanent mit den Grünen an und machst dich nicht zum Liebling der Grünen. Warum?

Als Lieblings Kaulsdorf muss ich nicht der Liebling der Grünen sein. Ich komme aus Hellersdorf, da ist mein Wahlkreis. Ich bin in Marzahn groß geworden. Ich hatte das Glück in den letzten Jahren viele große Städte zu sehen. Was ich in diesen Großstädten festgestellt habe, war, dass es schöne gentrifizierte Innenstädte für Touristen und für Leute gab, die es sich leisten können. Wenn ich nach Berlin zurückgekommen bin, habe ich immer gedacht: Ach Krass. Wir leben in einer Stadt, in der das so nicht ist. Ich weiß nicht, ob es 5 vor 12 oder 5 nach 12 ist. Ich dachte immer: Was haben wir für ein Glück, dass normale Menschen in der Innenstadt wohnen können und das in den Außenbezirken Menschen wohnen, und dass es denen Gut geht. Dann habe ich davor gewarnt: Vergesst nicht, dass da draußen auch Menschen wohnen. Die brauchen Kultur-Angebote, eine vernünftige

ÖPNV-Anbindung und eine Infrastruktur. Ich hatte das Gefühl, möglicherweise auch durch die Koalition mit den Grünen, dass der Fokus zu oft nur auf der Innenstadt liegt. Die Grünenradwege werden in der Innenstadt angelegt, neue Radwege werden innerhalb des S-Bahn Rings gebaut. Du erinnerst dich an die Diskussionen um die U-Bahn. Wir wollen beide eine U-Bahn, du nach Heerstraße Nord, ich nach Marzahn. Wir beide sagen: Die Menschen, die da wohnen müssen doch die Chance haben, schnell aus dem Außenbezirk in die City zu kommen. Ich habe die Befürchtung, dass die Außenbezirke gettoisieren, weil die Abgeordneten, die in ihrem Glaspalast im Abgeordnetenhaus sitzen, sich nicht dafür interessieren und gar nicht in die Außenbezirke kommen. Wir kommen da hin, weil wir unsere

niert nicht. Sie wollen ein Leben ohne Auto und wo man mit Fahrrad von A nach B fährt. So wird diese Stadt mit fast 4 Millionen Einwohnern nicht funktionieren. Diese Stadt ist größer als drei City-Bezirke und Friedrichshain Kreuzberg. Es gibt genug Leute in der City, denen die Parkgebühren egal sind. Wer die dicken Autos fährt, kann sich das leisten. Ich möchte, dass die Leute, die sich das nicht leisten können, mit dem Auto in die Stadt fahren können. Ich glaube anders geht das zurzeit nicht. Wenn man möchte, dass die Stadt umweltfreundlicher wird, dann soll die Verkehrssenatorin endlich dafür sorgen, dass man sein E-Auto laden kann. Die Ladesäulen hat man in den Außenbezirken nicht, wo willst du denn dein E Auto laden? An der Steckdose?

Ein anderes Thema ist ein BVG



Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Raed Saleh im Gespräch mit Sven Kohlmeier.

Foto: Jürgen Jänen

Wahlkreise dort haben. Aber frag mal, wie viele von den Grünen-Politikern schonmal in Marzahn oder in der Heerstraße waren. Dasselbe gilt für Journalisten. Ich hatte gerade eine Fahrt mit Ronja Ringelstein vom Tagesspiegel gemacht, um ihr einfach zu zeigen, wie das Leben dort ist. Das möchte ich erreichen, dass alle Politikerinnen und Journalistinnen sagen: Berlin ist mehr als Friedrichstraße und Ku'Damm. Berlin ist auch Reinickendorf, Spandau, Neukölln und Marzahn.

Wenn es nach den Grünen geht, sollen die Parkgebühren im Innenstadtring verdreifacht werden. Was sagst du dazu?

Das sind Diskussionen, die mich ärgern. Ich halte den Vorschlag für Irre. Du bestrafst Leute, die es ohnehin schon schwierig haben. Es gibt Leute, die fahren gerne Auto, ich finde das auch nicht schlimm...

...und es gibt die Krankenschwester oder die Kellnerin und den Kellner, die nach der Nachtschicht nicht mit dem ÖPNV nach Hause kommen...

Das sind die Menschen, die ich schützen möchte. Die mit dem Auto in die Innenstadt fahren, das da Abstellen und dann ihren Job für die Stadt machen. Die morgens ihr Kind zur Kita bringen, weil sie bei sich in der Wohngegend keinen Platz bekommen haben, das zweite Kind zur Schule bringen, dann in die Stadt zum Arbeiten fahren, auf dem Weg die Einkäufe erledigen und hinterher die Kinder zum Sport bringen. Das kannst du nicht mit dem Lastenrad machen.

Du hast das Gefühl die Grünen leben an der Realität vorbei?

Die Grünen wollen gerne ihr Dorf, von wo sie kommen, in der Stadt verwirklichen. Das funkti-

ticket für alle. Es sollen alle, verpflichtet werden ein Ticket zu kaufen. Was sagst du zu diesen Plänen der Grünen?

Wir sind beide für Regeln, aber Regeln heißt nicht, dass Menschen gegängelt werden und zu Sachen gezwungen werden. Ich bin dagegen, Menschen zu einem Kauf eines BVG Tickets zu zwingen. Die Idee des 365 Euro Tickets ist attraktiv, damit schaffe ich freiwillige Anreize. Man muss Leute motivieren und nicht bestrafen. Viele Eltern und Rentner sind auf das Auto angewiesen. Eine BVG Zwangsabgabe ist unsozial.

Du scheinst ein Anwalt der Berlinerinnen zu sein, die nicht in der Innenstadt leben. Aber auch in der Innenstadt leben Menschen, die über nicht so viel Einkommen verfügen, aber ich merke, dass du dich ein Stückweit dagegen zur Wehr setzt, wenn die Grünen ein Klientel im Blick haben, die zu den Besser verdienenden gehören, nach dem Motto die Innenstadt gehört uns und du sagst: Nein die Innenstadt gehört uns allen. Ist das für dich eine Gerechtigkeitsfrage?

Wir hatten unter Klaus Wowereit den Spruch: Ein Berlin für Alle. Ich verstehe Berlin als ein Berlin für Alle. Menschen mit normalen Einkommen müssen in der Innenstadt leben können und es muss in den Außenbezirken die Infrastrukturangebote aus der Innenstadt geben. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Wir führen das Gespräch in einem Kaffee in Kronenstraße an der Ecke Friedrichstraße. Wenn ich jetzt nach rechts schaue sehe ich die Friedrichstraße, sehe aber keine Autos. Die Autos sind aus-

gesperrt. Wie erlebst du das?

Ich arbeite hier in der Nähe und kann den Baufortschritt beurteilen. Ich finde das grundsätzlich gut mit einer Fußgängerzone. In New York gibt es am Time Square auch eine Fußgängerzone. Das lustige ist, dass es auch wirklich eine Fußgängerzone ist. Hier sieht man viele Fahrräder. Es scheint mehr ein breit angelegter Fahrradweg zu sein als eine Flaniermeile. Insofern bin ich mal auf die Entwicklung gespannt und ob die Geschäfte wirklich etwas davon haben, wenn alle hier nur mit ihrem Fahrrad durchfahren.

Wenn ich mich umschaue, sehe ich auch, dass hier Fahrradfahrer*innen in schnellem Tempo an den Fußgängerinnen vorbeifahren.

Ja das wird bestimmt zu Konflikten führen. In der Mitte ist der Fahr-

radweg und viele sind dort flott unterwegs. Ich habe die Befürchtung, der Fahrradweg wurde gemacht, um die Bilanz der nicht gebauten Fahrradwege aufzubessern. Frau Günter hat 99,2 km neue Radwege gebaut. Mit den fünf Kilometern hier ist sie über 100 km und kann sich dafür abfeiern lassen. Ich stelle mir unter einer Flaniermeile etwas anderes vor.

Du hast gerade die Anzahl der gebauten Kilometer erwähnt. Du bist neben einem weiteren SPD-Kollegen berühmt, berüchtigt für die kritischen Anfragen an den Senat. Tun dir die Kolleginnen in der Verwaltung manchmal leid?

Ich danke ihnen für ihre Arbeit, die sie für das Parlament machen und ich gehe davon aus, dass sie meine Anfragen mit viel Freude beantworten, weil sie dann feststellen, dass relativ wenig passiert ist und ich gehe davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Senatsverkehrsverwaltung auch Fortschritte sehen wollen. Ich kann mir nicht vorstellen dass es ihnen besonders leicht fällt mir andauernd mitzuteilen, dass seit zwei Jahren Mobilitätsgesetz wenig passiert ist. Radwege hast du angesprochen, grünen Markierung sind's drei Meter, das versprochene zentrale Mängelregister fehlt, Radverkehrsplan fehlt, Radschnellweg fehlt. Ich kann mir vorstellen, dass es für die Kolleginnen und Kollegen nicht einfach ist die Mängel aufzuschreiben, die sie da zu verwalten haben und wie wenig die Hausspitze da erreicht.

Vielen Dank für das Gespräch.

Spandaus fünfter MEB am Start

2000 neue Schulplätze in Spandau durch Modulare Ergänzungsbauten geschaffen

Der fünfte Modulare Ergänzungsbau (MEB) in Spandau gehört der Grundschule an der Pulvermühle. Mit einer symbolischen Schlüsselübergabe (Foto) wurde er am 21. August der Schulgemeinschaft übergeben.

„Nach der Peter-Härtling-Grundschule ist dies der zweite MEB in diesem Jahr, der in Betrieb gehen kann. Damit stellen wir die Schulplatzversorgung in Haselhorst und Hakenfelde sicher“, führte Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (SPD) bei der feierlichen Übergabe aus. Hintergrund ist der starke Wohnungsbau in der Wasserstadt. Einige tausend Wohnungen sind auf beiden Seiten der Havel bereits fertig oder im Entstehen.

Die Staatssekretärin für Bildung, Beate Stoffers (SPD), äußerte sich zufrieden: „Mit dem neuen Modulare Ergänzungsbau haben wir an der Grundschule an der Pulvermühle in kurzer Zeit fast 300 zusätzliche Plätze geschaffen.“ Dank der Punktlandung der Fertigstellung zum Schuljahresbeginn ist die Einrichtung von zwei zusätzlichen ersten Klassen als sogenannte „Vorläuferklassen“ für den zum Schuljahr 2023/24 avisierten Grundschulneubau in der Goltz-/Mertensstraße nun auch räumlich sichergestellt. Das neue Gebäude lag mit 5,6 Mio. Euro im Kostenrahmen



Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank bei der feierlichen Eröffnung des Modularen Ergänzungsbaus der Grundschule an der Pulvermühle. Foto: BA Presseveröffentlichung

und bietet 16 Klassenräume. Im Erdgeschoss ist eine Mensa, die auch als Mehrzweckraum genutzt werden kann. „...nach nur 36 Wochen Bauzeit [wird] der Erweiterungsbau für die Grundschule an der Pulvermühle feierlich eröffnet. Das dreigeschossige

langgestreckte Gebäude passt sich hervorragend an die Umgebung des Wasserstadt-Quartier Pulvermühle an“, so die für den Bau verantwortliche Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, die von Gerhard Lutz, Referatsleiter bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und

Wohnen vertreten wurde. Ein Modularer Ergänzungsbau steht bereits seit 2016 an der Siegerland-Grundschule, drei weitere seit 2017 an der Bernd-Ryke-Grundschule, der Wolfgang-Borchert-Oberschule und am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium. Je nach Größe betragen die Kosten hier

zwischen drei und fünf Mio. Euro. „Mit diesen insgesamt sechs Modularen Ergänzungsbauten sind 90 neue Klassenräume und rein rechnerisch knapp 2000 Schulplätze geschaffen worden“, so Kleebank weiter.

Vier weitere Modulare Ergänzungsbauten, drei davon in Holzbauweise, sind derzeit in Planung. Sie gehen an die Ernst-Ludwig-Heim-Grundschule, die Astrid-Lindgren-Grundschule, die Birken-Grundschule und – in konventioneller Bauweise – an die Schule am Stadtrand.

Spandau beteiligt sich damit an allen Teilprojekten der Berliner Schulbauoffensive. Neben den Modularen Ergänzungsbauten werden in Spandau auch Typensporthallen und komplette Schulneubauten durch die Senatsverwaltung durchgeführt. Auch einige Sanierungsmaßnahmen werden von dieser Baudienststelle umgesetzt wie zum Beispiel das Kant-Gymnasium.

Auch die Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE übernimmt Sanierungen und Neubau in Spandau wie zum Beispiel den Neubau einer Gemeinschaftsschule auf der Insel Gartenfeld. Ein Teil der dortigen Gewerbe- und Industrieflächen wird zu einem neuen Wohnquartier mit ca. 3700 Wohnungen entwickelt.

Die Sanierung der B.-Traven Gemeinschaftsschule und der Carlo-Schmid-Oberschule wird ebenfalls durch die HOWOGE ausgeführt. Entsprechende vorbereitende Arbeiten sind in vollem Gange.

Neue Anlaufstelle für das Ehrenamt

Spandau bekommt eine feste Anlaufstelle für die Themen bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Berufsorientierung

Am 22.07.2020 fiel auf Betreiben von Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (SPD) unter Wahrung der Corona-bedingten Abstands- und Hygieneregeln der Startschuss zum Aufbau der Spandauer Freiwilligenagentur. Anfang 2021 soll die offizielle Eröffnung stattfinden. Der erste Schritt besteht darin, zentrale und barrierefreie Räumlichkeiten zu finden.

Schwerpunkte der Freiwilligenagentur sind u.a. Beratung und Unterstützung bei der Suche nach ehrenamtlicher Betätigung. Darüber hinaus werden Informationen über die Möglichkeiten des freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagements in Spandau gesammelt, aufbereitet und im Internet oder mit Flyern bekannt gemacht.

„Mit dem Vorläuferprojekt Hürdenspringer hat Spandau bereits

seit einigen Jahren das Ehrenamt ausgezeichnet gefördert. Die Überleitung in die Freiwilligenagentur ist da für mich der nächste konsequente Schritt. Dass das Land die Finanzierung trägt, hat die Sache natürlich erleichtert“, erläuterte Kleebank bei dem offiziellen Termin vor dem Rathaus Spandau.

Die Freiwilligenagentur ist Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein ehrenamtliches Engagement interessieren. Sie ist es aber auch für die Institutionen und Familien oder Einzelpersonen, die eine ehrenamtliche Unterstützung benötigen. Auch über die institutionellen Angebote wie das freiwillige soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst wird informiert und auf freie Stellen hingewiesen. Träger für die Durchführung der Freiwilligenagentur ist die Stiftung Unionhilfswerk,

die bereits das Ehrenamtsprojekt Hürdenspringer durchgeführt hat. „Das Unionhilfswerk ist im Bezirk inzwischen gut vernetzt und hat bewiesen, dass es die Förderung des Ehrenamtes in den Bezirken beherrscht“, so Kleebank.

Die Senatskanzlei fördert flächendeckend die bezirklichen Freiwilligenagenturen finanziell, um die Infrastruktur für freiwilliges Engagement in Berlin dauerhaft zu stärken.

Der Chef der Senatskanzlei Christian Gaebler (SPD) betonte bei dieser Gelegenheit die Bedeutung des Ehrenamtes für die Stadt: „Für den Berliner Senat ist die Förderung des Ehrenamtes eine wichtige Möglichkeit, den Zusammenhalt in der Stadt zu stärken. Schön, dass Spandau dabei schon so lange mitmacht, zurzeit mit Hürdenspringer und bald dann auch mit der Freiwil-

ligenagentur.“ „Als Bürgermeister macht mich das glücklich. Engagement wird in Spandau täglich gelebt. Richtig ist aber auch, dass wir die vielfältigen Möglichkeiten der Betätigung sichtbar machen müssen. Zum einen um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern,

zum anderen um eine engagierte Zivilgesellschaft zu unterstützen. Deshalb schaffen wir mit der Freiwilligenagentur Rahmenbedingungen, damit Zusammenhalt und Solidarität weiter gedeihen kann und leichter wird“, erläutert der Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank.



Neue Anlaufstelle für das Ehrenamt. Foto: BA Presseveröffentlichung

Dachschaden wird beseitigt!

Rot-rot-grün gibt mehr Geld für Dachsanierung der Robert-von-Siemens-Halle in der Siemensstadt

„Das Dach der Robert-von-Siemens-Sporthalle am Lenthaler Steig in der Siemensstadt kann saniert werden“, verkündet Bezirksbürgermeister und Sportstadtrat Helmut Kleebank (SPD).

„Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hat zugestimmt, die bislang für dieses Vorhaben bereitstehenden SIWA-Mittel um rund 141 Tsd. Euro zu verstärken, sodass die Umsetzung der Maßnahme finanziell gesichert ist.“ 2015 hatte der Bezirk 1,7 Mio. Euro aus dem „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ (SIWA) für den

Erwerb und die Erschließung sowie die anschließende Grundsanierung der Robert-von-Siemens-Sporthalle erhalten. Nach dem erfolgreichen Ankauf für knapp 1,2 Mio. Euro haben umfangreiche Gutachten Gesamtkosten von rund 5 Millionen Euro ermittelt. Dafür reicht das vorhandene Geld natürlich nicht. Um zumindest die dringend notwendige Teildachsanierung durchführen und damit die bestehende Nutzung der Halle sicherstellen zu können, wurde im SIWA-Lenkungsgremium eine Mittelverstärkung beschlossen. Mit der nun erfolgten Zustimmung



Werner-von-Siemens-Halle mit zugehöriger Kegelbahn. Foto: SPD-Fraktion Spandau

im Hauptausschuss ist die Maßnahme ausfinanziert und kann damit in die Umsetzung gehen. „Dies ist ein schöner Teilerfolg bei der Sicherung der Halle und eine gute Nachricht für den Tanz- und Kegelsport in Spandau“, so Kleebank weiter. Mit der Ausfinanzierung ist der Weiterbetrieb der Halle und der Nutzung durch mehrere Kegelvereine und die Tanzsportabteilung des SC Siemensstadt gesichert. Die Kegelbahnen der Robert-von-Siemens-Halle sind die einzigen bundesligatauglichen Kegelbahnen im gesamten ehemaligen Westteil Berlins.

Berlin erhält ein Familienfördergesetz

Die SPD will Familien stärker unterstützen

Berlin hat sich von einer „Single-Metropole zu einer Stadt der Familien gewandelt. Immer mehr junge Menschen entscheiden sich, eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen.

Aber Berlin ist leider auch noch die „Hauptstadt der Kinderarmut“. Deshalb hat sich die Rot-Rot-Grüne Koalition auf den Weg gemacht, nach dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz, auch ein speziell auf Familien zugeschnittenes Familienfördergesetz auf den Weg zu bringen. Der Gesetzentwurf soll in dieser Legislatur ins Abgeordnetenhaus eingebracht und beschlossen werden.

Familien zu unterstützen heißt in erster Linie Verwaltungswege transparenter und einfacher zu gestalten. Von jungen Familien wird viel Bürokratisches abverlangt, deshalb sollen alle Bezirke über Familienservicebüros verfügen. Also eine Erstanlaufstelle für alle Fragen und Anträge, die Familien haben. In Spandau wird das erste Familienservicebüro neben dem Eingang des Jugendamtes in der Klosterstraße eröffnen. Die Räumlichkeiten müssen noch hergerichtet werden,



Der Spandauer Bezirksstadtrat für Ordnung, Jugend und Bürgeranliegen Stephan Machulik vor der Villa Nova.

Foto: Jürgen Jänen

aber das Personal steht schon in den Startlöchern.

Gleichzeitig wächst Berlin, auch Spandau hat entsprechende Zuwachsraten. Deshalb wurde im Familienfördergesetz auch der Ausbau und die kontinuierliche Finanzie-

rung der Familienzentren festgeschrieben. Die Familienzentren sind ein niederschwelliges Angebot, wenn es um Fragen der Erziehung und um Problemlagen innerhalb der Familien geht. Über neun Familienzentren gibt es derzeit im Bezirk,

mindestens ein weiteres wird durch das Familienfördergesetz dazukommen.

Inhaltlich sieht der Gesetzentwurf darüber hinaus vor, dass durch Angebote der Familienbildung und –erholung in allen Bezirken glei-

che Rahmenbedingungen für Familien geschaffen werden. Wichtig ist es, dass z.B. die Übergänge von Kita zur Grundschule und von der Grundschule zur Oberschule verbessert werden, dass gemeinsam mit den Eltern gegen Schuldistanz gearbeitet wird, damit alle Kinder die gleichen Bildungs- und Teilhabechancen erfahren. Dazu bedarf es vor allem der Möglichkeiten des Austausches und der Partizipation. Die Beteiligung aller Akteure war bei diesem Gesetzesentwurf besonders wichtig, um alle Problemlagen und Wünsche zusammenzutragen. In Fachforen und Befragungen, die von Januar bis März 2020 stattfanden, kamen Familien und Fachkräfte im Bereich Familienförderung zu Wort.

Mehr als 500 Hinweise gingen auf diesem Weg ein. Nun werden die Angebotsformen festgeschrieben und die entsprechenden Förderpläne und Zuweisungsmodelle erarbeitet. „Berlin, aber besonders Spandau, ist auf einem guten Weg hin zu einer „Kinder-, Jugendlichen- und Familiengerechten Stadt“, so der Spandauer Jugendstadtrat Stephan Machulik.

Ist Corona besiegt?

Die Pandemie ist noch nicht überstanden

Die heißen Tage sind langsam vorbei. Die Badewiesen und Wälder werden leerer. Was macht man nun in Spandau, wenn es nasser und kälter wird? Hat man die Zeit der Sommerferien genutzt, um gegen Corona gewappnet zu sein? Besteht eine Möglichkeit durch weitere Lockerungen, der Gastronomie, der Kultur und anderen Indoorangeboten eine wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen?

Leider führte die Sorglosigkeit Einiger, die in den Ferien zu den touristischen Hotspots gefahren sind, um dort zu feiern, als hätte es Corona nie gegeben oder diejenigen, die Haut an Haut an den Badewiesen sich vergnügten, wieder zu einem Anstieg der Neuinfektionen. Corona ist mitnichten besiegt. Und es wird vieles für die Wirtschaft aber auch für die individuelle Gesundheit davon abhängen, wie jetzt die Regeln umgesetzt werden. Die grundsätzlichen Regeln:

Abstand halten, Händewaschen und Mund-Nasen-Schutz tragen sind einfach und effektiv. Wenn sich

jeder daran hält, wird die Rückreisewelle schnell überstanden werden. Wer will nicht im Herbst wieder zu seinem Lieblingsitaliener, in das Theater oder ins Kino? Ganze Wirtschaftszweige und einzelne Arbeitsplätze hängen davon ab, wie die Regeln eingehalten werden. Aus diesem Grund werden gerade zum bevorstehenden Herbst die Ordnungsämter neu organisiert. Die Außendienstmitarbeiter, die die Coronavorgaben kontrollieren, werden personell verstärkt. Eine höhere Kontrolldichte bzgl. des Tragens einer Maske, der Dokumentation – wer z.B. in einem Restaurant war, in der sich ein Infizierter aufhielt, um alle schnell informieren zu können, damit sie getestet werden können und die Wahrung von Abständen und Obergrenzen von Gästen soll zu einer besseren Eindämmung des Virus dienen. „Seien Sie für Ihre Familienmitglieder, für Ihre Freunde ein Vorbild: Schützen Sie sich und andere und unterstützen Sie uns im Kampf gegen Corona“, so Stadtrat Stephan Machulik.

E-Scooter in Spandau

Die neue mobile Freiheit, die zu viel Ärger macht!

Seit dem vergangenen Herbst können E-Scooter auch in Spandau gemietet werden. Wie schön, dachten sich einige, endlich kommt die neue Freiheit der E-Mobilität auch in die Außenbezirke. Aus der Freude weniger wird zunehmend Ärger für Verwaltung, Ordnungsamt und Polizei.

Vergleichbar dem Marktkampf der Leihfahrrad-Anbieter, setzte eine „Überflutung“ der öffentlichen Straßen ein. Die Anbieter protzen mit Masse statt qualitativen Serviceangeboten. Die Verlierer sind die Mobilitätseingeschränkten, FußgängerInnen aber zum Teil auch die Radfahrenden, die sich durch das Wirrwarr der kleinen Flitzer ihren Weg suchen müssen. Die Senatsverwaltung hatte über ein Jahr Zeit sich Gedanken über verbindliche Regeln bzgl. der „Straßensondernutzung“ beim Aufstellen zu machen, knickte ein und sah die Bezirke in der Pflicht das Problem zu lösen. Eher doch die „gefühlte“ Freiheit die E-Scooter nach Benut-

zung einfach überall abzustellen. Wie in allen Bezirken also querbeet: auf Fußwegen, Radwegen, stehend oder liegend, in Grünanlagen und im Wald. Natürlich beteuern die Anbieter, dass sie die Geräte abendlich abholen, aufladen und ggf. reparieren, aber bis dahin gammeln die Fahrzeuge in der „Botanik“. Wer zahlt die Ordnungswidrigkeiten? Wie sollen Polizei und Ordnungs-

amt bei den viel zu kleinen Versicherungskennzeichen identifizieren welcher Nutzer das Gefährt geführt hat. Hier muß der Senat nachsteuern. Die Strafen, die die Anbieter zahlen müssen, sind in deren Preise einkalkuliert, alle zahlen für das Fehlverhalten einiger. „Deshalb werden wir die Gespräche mit den Unternehmen intensivieren, denn so wie es ist, kann es nicht bleiben“, so Stadtrat Stephan Machulik.



Stephan Machulik vor E-Scootern in Spandau. Foto: Jürgen Jänen

Spandau hat Berlins ersten Pop-up-Biergarten

In Spandau ist in Rekordzeit ein Pop-up-Biergarten entstanden

In vielen Bezirken Berlins werden Pop-up-Radwege in Zeiten von Corona eingerichtet – in Spandau ist man da etwas kreativer:

In Spandau ist in Rekordzeit ein Pop-up-Biergarten entstanden. Von der Idee bis zur Umsetzung sind mit Genehmigungen gerade mal sechs Tage vergangen. Der Spandauer Veranstaltungskaufmann Martin Breker, der normalerweise Bühnen auf Spandauer Festen, wie dem Weinsommer oder dem Weihnachtsmarkt organisiert, hatte die Idee, einen Biergarten auf dem ehemaligen

Postgelände einzurichten. Die Spandauer Verwaltung nahm sich dieser ungewöhnlichen Idee an. Von der Einreichung bis zur amtlichen Genehmigung der Idee vergingen gerade mal drei Monate. Stephan Machulik, Spandaus Ordnungsstadtrat händigte am Eröffnungsfreitag die Genehmigung höchst persönlich aus. Da sich der Baubeginn auf dem alten Postgelände verzögert, konnte die Idee des Pop-up-Biergarten gut umgesetzt werden. Sowohl der Investor als auch die Spandauer Verwaltung arbeiteten Hand in Hand,



Berlin hat seinen ersten Pop-up-Biergarten, und zwar in Spandau.

Foto: Jürgen Jänen

um diese ungewöhnliche Idee auch real und schnell umzusetzen. Innerhalb von sechs Tagen organisierte der Unternehmer Breker von Holzboden, über Toilettenanlagen bis hin zu Liegestühlen und Sonnenschirmen alles was man für einen einladenden und gemütlichen Biergarten benötigt. Jetzt können die Spandauerinnen und Spandauer bis Ende September mitten in der Stadt und an der Havel unter den bestehenden Hygieneregeln in aller Ruhe und Gelassenheit eine Grillwurst essen, ein Wasser oder ein Bier trinken und sich erholen.

Vereinssport zu Corona-Zeiten

Die Corona-Pandemie verdeutlicht den wichtigen sozialen Charakter des Vereinssports

Die Corona-Krise war ein riesiger Schock für den Vereinssport. Erstmals seit vielen Jahrzehnten in Deutschland traf die gesamte Gesellschaft auf einen Ausnahmezustand, bei dem man sich beinahe jeden Tag seinen gewohnten Alltag zurückwünschte.

Die Leben der Kinder haben sich radikal verändert. Von heute auf morgen durften sie nicht zur Schule oder in ihrem Verein ihrem Hobby nachgehen. Wenn Kinder ihr soziales Umfeld verlieren, ihrem Hobby nicht mehr nachgehen dürfen, zumeist zu Hause bleiben müssen und zusätzlich einen vollgepackten Aufgabenplan von der Schule bekommen, hat dies verheerende Auswirkungen.

Eltern berichteten von demotivierten Kindern, die freiwillig schlafen gingen, die wenig Appetit hatten und wie ausgewechselt wirkten. „Vasen hatten zu dieser Zeit die Lebenserwartung einer Stubenfliege,



Clemens Behlendorf und Miloslava Sveshtarska mit Jugendspielern des SC Siemensstadt. Foto: Jürgen Jänen

da sie hier und da als Zielscheibe erhalten mussten“, berichtet Clemens Behlendorf, ehrenamtlicher Übungsleiter einer Jugendfußballmannschaft.

Behlendorf hielt regelmäßigen Kontakt mit den Eltern der Kinder und mit einigen Jungs telefonierte er. Er organisierte einen Videostream um mit Spielern einige Übungen am Ball machen zu können. Auch empfahl er Youtube-Videos zum Thema Fußball um „seinen Jungs“ Abwechslung zu bieten und das Interesse am Fußball hochzuhalten.

Als das Training wieder aufgenommen werden durfte, war es eine Mammutaufgabe die Hygienevorschriften im Trainingsbetrieb einzuhalten. „15 Jungs, die auf Fußball brennen, wie ein in Benzin getränkter Strohhalm, aber dennoch Abstand zueinander halten müssen, war tatsächlich schwierig“, so Behlendorf.

Der SC Siemensstadt hatte ein

Konzept erarbeitet mit dem es gelang alles unter einen Hut zu bringen.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Vereinssport nicht nur Freizeit ist, sondern in einem besonderen Maß die Entwicklung der Kinder fördert. Teamgeist, Motivation, Kampfeswille, Koordination – das alles lehrt der Vereinssport. Gerade der soziale Umgang im Vereinssport ist im Alltag der Kinder unverzichtbar.

„Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass das Vereinsleben zur sozialen Entwicklung dringend benötigt wird“, so die stellvertretende Abteilungsvorsitzende in Haselhorst-Siemensstadt Miloslava Sveshtarska. Deshalb ist es wichtig, dass der Vereinssport von der Politik finanziell unterstützt und gefördert wird. Der Geldbeutel der Eltern darf nicht entscheidend sein für die Teilnahme eines Kindes am Vereinssport und Vereinsleben.

Buslinien für Spandau

BVG verbessert die Buslinien im Spandauer Norden

Zum Fahrplanwechsel der BVG wird es positive Veränderungen im Spandauer Norden geben.

Die Buslinien 136 und 236 werden sich den neuen Entwicklungen beim Wohnungsneubau an der Daumstr (Waterkant) sowie dem Neubaugebiet Pepitahöfen anpassen und die BVG wird das Busangebot auf den Linien optimieren.

Die Linie 236 wird eingestellt und durch die neugeschaffene Buslinie M36 ersetzt. Die Linie M36 wird rund um die Uhr für die Spandauer zur Verfügung stehen. Tagsüber wird der Bus in kurzen Abständen zueinander verkehren, nachts wird

diese Linie als Nachtbus eingesetzt. Die Linie 136 wird zukünftig am Rathaus Spandau enden.

„Wir von der SPD Spandau wollen den Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg vom PKW auf den ÖPNV erleichtern, um die nötige Verkehrswende in Spandau zu realisieren. Wir setzen auf einen freiwilligen Umstieg“, so der SPD-Verkehrsexperte Rene Disterhöft.

Deshalb drängt die SPD Spandau weiter darauf den ÖPNV massiv auszubauen und so die Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger zu steigern. Dies gilt für Bus, U-Bahn, S-Bahn und Tram.

Schwere Zeiten für Taxis

Die Corona-Pandemie trifft auch die Taxiunternehmer schwer

Zahlreiche Unternehmen sind durch die Corona-Pandemie betroffen. Auch die Taxiunternehmen die überwiegend in Spandau tätig sind.

„Wir verzeichnen Umsatzeinbußen in Höhe von rund 80 Prozent und mehr“, sagt der Chef der Berliner Taxiinnung Leszek Nadolski, der in Spandau sein Betriebsitz hat.

An Flughäfen und Bahnhöfen gibt es kaum noch Fahrgäste, wenige Geschäftsleute und Touristen, nur die treuen Berliner, die immer mit den Taxen gefahren sind, sorgen dafür, dass die Zunft des Taxis

noch existiert. Seit der Corona-Zeit haben mehr als 1000 Taxiunternehmen aufgegeben. Viele von diesen müssen nun Sozialleistungen des Staates annehmen. Das sind 1000 Taxifamilien die keine Perspektive für die Zukunft haben.

Die Gastronomie, Hotellerie und andere Dienstleistungs-Branchen leiden genauso. Dann wird publik, dass die Spandauer Nachbargemeinde Falkensee ein Projekt mit der Mobilitätsplattform „Uber“ startet. Unter der Überschrift „Neue Mobilität im ländlichen Raum privat gelöst“ verkündet der Bürgermeister aus Falkensee, Heiko Müller, dass seine Verwaltung mit „Uber“ eine

Kooperation startet. Immer mehr Menschen arbeiten auf Abruf für Plattformen wie Uber und Co und Zahlen dafür 25-30% Vermittlungsgebühr. Prekäre Arbeitsverhältnisse und sozialer Abstieg werden einfach hingenommen. Die Verantwortlichen in Falkensee rechtfertigen alles mit der nötigen individuellen Mobilität der Menschen in Falkensee.

„Für alle, die es immer noch nicht verstanden haben, dass die „innovativen“ Lösungen auf gesetzlichen Rechtsbrüchen aufgebaut sind und dabei eine neue Art der Sklaverei entsteht, sollten sich von Fachleuten beraten lassen“, so der Vorsitzende der Berliner Taxiinnung Nadolski.



Die Buslinie 236 wird eingestellt. Foto: Jürgen Jänen



Die Corona-Pandemie trifft Berliner Taxiunternehmer schwer. Foto: Jürgen Jänen

25 Jahre Partnerschaftsverein Spandau

Acht neue Partnerschaftsschilder für Spandau

In diesem Jahr feierte der Partnerschaftsverein Spandau sein 25. Jubiläum. Grund genug die Schilder der Partnerstädte Spandaus am Haupteingang des Rathauses Spandau zu erneuern.

Der Spandauer Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (SPD) enthüllte im Juli am Haupteingang des Rathauses mit Mitgliedern des Partnerschaftsvereins und offiziellen Vertreterinnen und Vertretern des Bezirksamtes die neuen Schilder. Aus der Partnerstadt Nauen war die stellvertretende Bürger-

meisterin Daniela Zießnitz sowie der Vorsitzende des Städtepartnerschaftsvereins Havelland Holger Schiebold anwesend. Der in diesem Jahr geplante Festakt zum 25. jährigen Bestehens des Partnerschaftsvereins musste wegen Corona verschoben werden.

Der Partnerschaftsverein Spandau pflegt derzeit mit Ashdod, Asnières-sur-Seine, Iznik, Luton, Nauen, Siegen, dem Landkreis Siegen-Wittgenstein und dem Landkreis Havelland acht Partnerschaften. Zur russischen Stadt Wolgograd und zur Gemeinde Faß-

berg in Niedersachsen werden Städtefreundschaften unterhalten.

Die neuen Schilder sollen als Zeichen der Wertschätzung und der Verbundenheit mit den Spandauer Partnerstädten im frischen Anblick am Rathaus Spandau sichtbar sein. Der Partnerschaftsverein Spandau ist ein gemeinnütziger Verein, der zum Ziel hat, die Beziehungen des Bezirks Spandau zu seinen Partnerstädten zu fördern und zu vertiefen. Hierbei soll insbesondere der Fokus im Interesse von Kunst und Kultur, Bildung, Heimatpflege und Heimatkunde sowie des Sports liegen.



Acht neue Schilder für Spandaus Partnerstädte. Foto: Daniel Worbel

Ungelöste Müllfrage am Nordhafen

Zuständigkeit für "Schrottboote" unklar

Besorgte Anwohner in Hakenfelde fühlen sich seit Jahren mit Müllproblemen, scheinbar herrenlosen, d.h. entsorgten Schrottbooten und Flößen allein gelassen. Die Sache ist ziemlich verkorkst.

„Auf die Sache mit dem Müll am Nordhafen werde ich häufig von Anwohnenden angesprochen“, so Sebahat Atli, BVV-Mitglied der SPD-Fraktion Spandau. „Während der Sommerpause traf ich mich mit der Anwohnerin Renate Stein, die mich wegen dieses Problems kontaktierte. Sie zeigte mir zahlreiche Fotos vom Nordhafen und erklärte mir, dass das Ganze für sie unerträglich sei“.

In der Folge habe ich im Namen meiner Abteilung Hakenfelde Frau Stein zur Aktionsreihe „Sommerputz 2020 unserer Spandauer Jusos“ eingeladen. Langfristig kann der Müllfrage nur gelöst werden, wenn weitere Mülleimer aufgestellt werden“, so das BVV-Mitglied Atli.

Die Sache der verbotswidrigen Liegesituation der rostigen Schrottboote ist komplex und stellt die Wasserbehörde, Stadtrat Machulik und die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz vor große Herausforderungen. Die Uferpromenade des Nordhafens ist eine Erholungszone für Anwohner-



Rostige Schrottboote am Nordhafen. Foto: Jürgen Jänen

de und Besucherinnen und Besucher, die auf dem Wasser anreisen und an den kostenlosen Liegeplätzen vor Anker gehen. Diese werden illegalerweise von Schrottbooten genutzt. Dies zu verhindern, ist ein Mammutauftrag, da nicht geklärt ist, ab wann ein Boot als seeuntüchtig bezeichnet werden kann. Der Kompetenzwirrwarr der Behörden lässt ein schnelles Vorgehen leider nicht zu. Deshalb ist hier ein konsequentes Handeln durch die Behörden notwendig. Stadtrat Machulik hat zugesagt, sich dieses Problems anzunehmen und dafür zu sorgen, dass der Nordhafen nicht zu einem Abwrackhafen wird.

Hissen der Regenbogenfahne in Spandau

Flagge zeigen gegen Homo- und Transphobie

Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (SPD) hisste am 08. Juli 2020 die Regenbogenfahne vor dem Rathaus Spandau.

Die Regenbogenfahne steht weltweit als Symbol für die Akzeptanz der sexuellen Vielfalt.

So betonte der Bezirksbürgermeister bei der Veranstaltung: „Die Regenbogenfahne ist ein Synonym für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft.“

Wir in Spandau wollen damit ein deutliches Zeichen gegen Gewalt

und Diskriminierung homosexueller- und transsexueller Menschen setzen“.

Dieses Bekenntnis ist aktuell wichtiger denn je, da Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, wie Ungarn und Polen, die Rechte der LGBTI-Personen einschränken und die politisch motivierten Straftaten aufgrund sexueller Orientierung 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 60% und die Gewalttaten um 70% gestiegen sind.

Die SPD Spandau war in großer



Die Regenbogenfahne. Foto: SPD-Fraktion Spandau

Zahl vertreten und bewies damit, dass sie die treibende Kraft beim Kampf für LGBTI-Rechte, im Bezirk ist und weiterhin bleibt.

Weitere Teilnehmende waren neben dem Bezirksstadtrat Stephan Machulik der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD).

Vertreten wurde der LSVD durch die Kuratoriumsvorsitzende Lala Süßkind, dem Vorstandsmitglied Kristin Otto und dem Geschäftsführer Jörg Steinert.

20 Jahre Mahnwache

für Toleranz und ein friedliches Miteinander

An jedem ersten Samstag im Monat stehen 15 bis 25 Menschen auf dem Spandauer Marktplatz und mahnen öffentlich für Toleranz und ein friedliches Miteinander, gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit.

Seit 20 Jahren findet die Mahnwache statt. Veranstalter ist der ev. Kirchenkreis Spandau, unterstützt durch die Katholische Kirche Spandau, den Runden Tisch für Demokratie und Toleranz, das Spandauer Bündnis gegen Rechts, den Migrations- und Integrationsbeirat Spandau, den Frauenbeirat Spandau, die Aktion Noteingang in Spandau, Amnesty International, Gruppe Spandau und viele Spandauer Bürgerinnen und Bürger.

Mit der Gründung der Mahnwache wurde an die Spandauer Tradition von Friedensmahnwachen (1984) und Mahnwachen „gegen Gewalt und Ausländerhass“ (1992) angeknüpft. Anlass für die Initiative im Jahre 2000 waren rassistische Übergriffe in vielen Regionen Deutschlands. Das Anliegen der Teilnehmenden war und ist das öffentliche Bekenntnis für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben in einer durch Vielfalt geprägten Gesellschaft.

Die Mahnwache geht nicht schweigend vor sich, sondern es wird das Gespräch mit den Marktbesuchern gesucht, man stellt sich kritischen Fragen und es wird aufgefordert sich für das friedliche Miteinander zu engagieren. Darüber hinaus wird die Mahnwache als Infobörse genutzt und ist damit ein wichtiger Teil

des Netzwerkes für ein demokratisches und tolerantes Zusammenleben gegen Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt.

In den zwanzig Jahren ihres Bestehens hat die Mahnwache stets auf die jeweiligen aktuellen Herausforderungen reagiert. Immer wieder waren es politisch und rassistisch motivierte Gewaltvorfälle, die verurteilt wurden. Die Mahnwache fordert zur Solidarität mit den Opfern und zur Ächtung der Täter auf.

Über die Jahre hat sich eine Gruppe von Menschen gebildet, die regelmäßig an den monatlichen Mahnwachen teilnehmen. Dazu kommen immer Passanten, die sich spontan beteiligen. Sie sind alle willkommen, auch wenn sie sich nur für zehn Minuten dazustellen.

Die Mahnwache baut Brücken zwischen Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen. Sie ist ein Netzwerk, das heute mehr denn je gebraucht wird.



Seit 20 Jahren findet die Mahnwache für Toleranz in Spandau statt.

Foto: Pixabay

Querungshilfe Maulbeerallee

Fußgängerüberweg steht endlich

Bereits im September 2010 hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Rathaus Spandau auf Vorschlag der SPD-Fraktion beschlossen eine Querungshilfe in der Maulbeerallee einzurichten.

Dort befindet sich ein Seniorenwohnhaus und verläuft der Schulweg zur Christian-Morgenstern-Schule. Sowohl für Seniorinnen und Senioren, als auch für die Schülerinnen und Schüler birgt diese Straße ein enormes Unfallrisiko. Das hat die SPD aufgenommen und hat die Situation vor Ort durch die Einrichtung einer Querungshilfe verbessert. Das schafft Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. „Es ist

wichtig, den Menschen das Überqueren der Fahrbahn sicherer zu machen, denn hier fährt auch der BVG-Bus der Linie 137. Es darf nicht gewartet werden bis ein Unfall passiert, darum haben wir in den vergangenen zehn Jahren immer wieder Druck gemacht.“, kommentiert der SPD-Bezirksverordnete Lukas Schulz.

Dass die Einrichtung der Querungshilfe nun zehn Jahre gedauert hat, ärgert auch den Spandauer Verkehrsexperten René Diesterhöft (ebenfalls SPD): „Sicherheit auch für mobilitätseingeschränkte Spandauerinnen und Spandauer herzustellen hat für uns oberste Priorität. Wir freuen uns, dass der CDU-Baustadtrat nun endlich seiner Pflicht nachgekommen ist und

den Beschluss umgesetzt hat.“

Gleichzeitig wurde die nahestehende Bushaltestelle nach dem neuen Konzept der „Barrierefreiheit Bushaltestelle“ umgestaltet. Der Bordstein wurde etwas erhöht, was das Einsteigen der Fahrgäste in den Linienbus erleichtert. Zusätzlich wurde ein Blindenschutzstreifen eingerichtet, denn mobilitätseingeschränkte Menschen sind nicht nur Rollstuhlfahrernde.

Für die SPD ist klar, dass die Einrichtung von Querungshilfen schneller und unbürokratischer umgesetzt werden müssen.

Schulz und Diesterhöft vor der neugeschaffenen Querungshilfe.

Foto: SPD-Fraktion Spandau



Jusos Spandau organisieren Sommerputz 2020

12 Wochen lang putzten die Jusos gemeinsam mit den Spandauer SPD-Mitgliedern die Kieze in Spandau

Die Spandauer Jusos haben im Rahmen ihres Programms „Grüner Daumen für Spandau“ zahlreiche Ideen und Anträge zum Klima-, Natur- und Umweltschutz im Bezirk vorangetrieben.

Um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen, haben die Jusos für die Sommerzeit einen wöchentlichen Sommerputz der öffentlichen Grün- und Parkanlagen Spandaus ins Leben gerufen. Ziel war es, alle Spandauer Parkanlagen, die nicht zum BSR-Pilotprojekt Parkreinigung zählen, vom Müll zu befreien.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und Kreisvorsitzende der SPD Spandau Raed Saleh, der Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank, der Stadtrat für Ordnung, Bürgerdienste und Jugend, Stephan Machulik, die Bezirksverordneten der SPD-Fraktion Spandau und die SPD-Ortsgliederungen unterstütz-

ten die Jusos Spandau bei ihrem Vorhaben.

„Unsere Spandauer Jusos haben eine klasse Aktion ins Leben gerufen mit dem sie aktiv einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Umweltschutz leisten und so auf ihre Anliegen aufmerksam machen. Selbstverständlich unterstützen wir die Jusos bei diesem Vorhaben und packen gemeinsam mit vielen anderen Menschen aus den angrenzenden Kiezen an“, so Raed Saleh.

So konnten in den 12 Wochen zahlreiche Parkanlagen in Spandau von vielen Helferinnen und Helfern gereinigt werden. Die Sommerputz-Reihe hatte ihren würdigen Abschluss am 15. August auf dem Platz der Weißen Rose in der Wilhelmstadt gefunden.

„Zigarettenstummel, Masken, Bierflaschen. Das sind nur Bruchteile der Dinge, die in den Parks jeden Tag auf den Boden geworfen



Die vielen fleißigen Helferinnen und Helfer beim Sommerputz am Platz der Weißen Rose. Foto: Jürgen Jänen

werden. Das sieht nicht nur schlimm aus, sondern ist auch schlecht für die Umwelt. Im Rahmen des Projektes „Grüner Daumen für Spandau“ haben die Jusos bereits letztes Jahr Anträge zu den Themen Natur- und Klimaschutz gestellt. Jetzt gehen sie selbst mit gutem Beispiel voran“, so der Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank, der auch mit Handschuhen und Müllzangen anpackte.

„Wir Jusos wollen zeigen, dass Umweltschutz mit eigenem Verhalten gelebt werden muss. Wir wollen nicht nur die Parks sauberer machen, sondern auch dazu beitragen, dass Menschen nachdenken bevor sie was achtlos wegschmeißen“, so der Kreisvorsitzende der Jusos Spandau Francesco-Marco Tommasino.

Die Ergebnisse der Parkreinigungen können sich sehen lassen: Die geputzten Grünflächen und Parkanlagen sind sichtbar sauberer.

Der Platz der Weißen Rose ist da!

Einweihung des Platzes der Weißen Rose

In der Wilhelmstadt wurde am 15.08.2020, der Grünstreifen vor dem ehemaligen Kriegsverbrechergesängnis umgewidmet und in „Platz der weißen Rose“ benannt.

Im Juni diesen Jahres forderte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) das Bezirksamt auf, das bisher namenslose Flurstück zu einem Platz umzuwidmen. Die Initiative wurde vor drei Jahren von der SPD Spandau gestartet. Der Name geht auf die Widerstandsgruppe der „weißen Rose“ um Sophie und Hans Scholl zurück. Der Kreisvorsitzende der SPD Spandau Raed Saleh betonte: „Wir belegen den Platz mit einem Symbol für den Widerstand gegen die Nationalsozialisten“. Zu-

vor war der Grünstreifen das Ziel rechtsextremer Aufmärsche zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, dem letzten Insassen des ehemaligen Kriegsverbrechergesängnisses. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis, organisiert vom Demokratieverein B2Aktion+, stellte sich jedes Jahr mit dem Fest der Demokratie,

am 17. August, gegen die Verherrlichung der Nazidiktatur. Der Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank und die BVV-Vorsteherin Gaby Schiller würdigten bei der Einweihung das Engagement der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig betonten beide, dass der Bezirk keine Anlaufstelle für Rechtstextremismus bietet.



Der neue Platz der Weißen Rose in der Wilhelmstraße 23. Foto: Redaktion

Neues Stadtquartier

Gestaltung des alten Postgeländes

In den kommenden Jahren wird im Schatten des Spandauer Rathaus-Turms ein neues Quartier entstehen.

Urbanes Leben mit Wohnen, Kaufen, Arbeiten und Naherholung soll hier aus einem Guss realisiert werden. Nachdem im Frühjahr auch die letzten Gebäude der alten – in den 70er Jahren erbauten Post – abgerissen wurden, besteht jetzt ein freier Blick von der Klosterstraße bis zur Havel. In den nächsten Jahren wird hier das „Spandauer Ufer“ entstehen. Zur Ruhlebener Straße wird aus Lärmschutzgründen ein geschlossener Gebäuderiegel geplant. Nach Fertigstellung können die Spandauerinnen und Spandauer von der Klosterstraße

bis zum Havelufer laufen.

„Ich persönlich freue mich schon darauf, auf einer der Terrassen bei einem Kaffee zu sitzen und auf das Wasser und vorbeiziehende Schiffe zu sehen“, so Ina Bittroff, Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses. „Ein solcher Ort in unmittelbarer Altstadt Nähe hat uns durch die Wohnbebauung am Ufer immer gefehlt. Ich erwarte hier ein lebendiges, attraktives Quartier. Durch eine lebenswerte Aufenthaltsqualität sollen die Spandauerinnen und Spandauer animiert werden diese Stadtquartier mit Leben zu füllen“, so Bittroff weiter. Bis das Stadtquartier realisiert ist, wird noch viel Wasser die Havel herunterfließen.

SOLIDARISCH BLEIBEN.

ALLTAGSMASKEN TRAGEN.

ZWEITE WELLE BEKÄMPFEN.



SPD



FRAKTIONSPANDAU